

Stand: 05.06.2026 02:51:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7042

"Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch - für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7042 vom 17.06.2015
2. Beschluss des Plenums 17/7100 vom 18.06.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 18.06.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Dr. Franz Rieger, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Alexander König, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch – für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag dankt der Staatsregierung, den bayerischen Kommunen und insbesondere auch allen Ehrenamtlichen für die großen Anstrengungen bei der Hilfe für Flüchtlinge in Not.

Die Staatsregierung wird aber auch aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine konsequente Politik gegenüber Migranten ohne Bleiberecht einzusetzen.

Insbesondere möge die Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen bzw. bei den Bund-Länder-Gesprächen zur Asylpolitik sowie auf europäischer Ebene einfordern:

- Stärkere Unterstützung der Herkunftsstaaten zur Bekämpfung der Fluchtursachen
- Entschiedenenes Vorgehen gegen Schleuserkriminalität
- Effektive Seenotrettung im Mittelmeer und Rückführung der aus Seenot geretteten Asylsuchenden in neu zu schaffende europäische Asylzentren in Nordafrika, in denen ein europäisches Standards entsprechendes Prüfverfahren durchzuführen ist

- Sichere EU-Schengen-Außengrenzen durch konsequente Einhaltung des Schengen-Grenzkodex, Umsetzung der Dublin-III-Verordnung und der Eurodac-Verordnung bei Unterstützung der Erstaufnahmeländer
- Intensivierung der Schleierfahndung, um auf diese Weise die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung weiter zu verbessern
- Einführung einer quotalen Verteilung der in die EU einreisenden Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten
- Einstufung zusätzlicher Länder wie Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten sowie Wiedereinführung der Visapflicht für die Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien
- Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren bei klaren Fällen, insbesondere durch unverzügliche Bereitstellung und Besetzung der zugesagten zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration (BAMF)
- Ausweitung und anschließend konsequente Anwendung der Möglichkeit der Leistungskürzung nach § 1a Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Personen, die aus sicheren Herkunftsländern stammen oder deren Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden
- Überprüfung und Absenkung der Jugendhilfestandards bei der Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen

Darüber hinaus appelliert der Landtag an die Bundesregierung, schnellstmöglich eine gesetzliche Regelung für die bundesweite Verteilung von unbegleiteten Minderjährigen zu schaffen. Zudem ist unverzüglich ein Übergangskonzept zu entwickeln, das bis zum Inkrafttreten des Gesetzes eine bundesweite Verteilung ermöglicht, um die gegenwärtige akute Belastungssituation in einigen Grenzregionen zu entschärfen. Die dahingehenden Bemühungen der Staatsregierung auf Bundesebene werden ausdrücklich begrüßt.

Begründung:

In diesem Jahr werden alleine in Deutschland nach einer inzwischen mehrfach nach oben korrigierten

Prognose des Bundesamts für Migration (BAMF) über 400.000 Asylbewerber erwartet. Das sind doppelt so viele Antragsteller wie im Jahr 2014.

Damit nimmt Deutschland einen – auch gemessen an seiner Einwohnerzahl – großen Teil der in der Europäischen Union ankommenden Flüchtlinge auf. Viele dieser Menschen, ganz besonders syrische Bürgerkriegsflüchtlinge und im Sinne der Asylgesetzgebung Verfolgte, benötigen dringend unseren Schutz und unsere Hilfe.

Die große Hilfsbereitschaft und das Engagement in der Bevölkerung drohen aber darunter zu leiden, dass viele, die einen Asylantrag stellen, keinerlei Aussicht auf ein Bleiberecht haben. So verständlich es auch ist, dass Menschen versuchen, in wirtschaftlich schlechter Lage auf der Suche nach Arbeit, nach Deutschland zu kommen, so können wir und die Herkunftsstaaten es uns nicht leisten, alle diese Menschen aufzunehmen.

Das gilt in besonderem Maße für Asylantragsteller aus den Ländern des Balkan aber auch für eine große Zahl von Flüchtlingen, die sich aus Afrika auf den Weg nach Europa begeben haben. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes (BR-Drs. 190/15) wird daher ausdrücklich unterstützt. Wer aus sicheren Herkunftsstaaten nach Deutschland einreist und ein Asylverfahren beantragt, will in erster Linie und ganz bewusst Leistungen erhalten. Dieser Anreiz soll durch verfassungskonforme Leistungseinschränkungen im Einzelfall beendet werden.

Mit den oben genannten Maßnahmen soll die Situation in den Heimatländern verbessert werden. Menschenleben können gerettet werden, wenn Schleusungen gar nicht erst stattfinden. Uns wird es so möglich sein, die – immer noch sehr große – Zahl derer zu unterstützen und zu integrieren, die auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung zu uns kommen.

Eine besondere Herausforderung stellen die enorm hohen Zugangszahlen an unbegleiteten Minderjährigen dar. Waren in Bayern im Mai 2014 noch rund 2.500 unbegleitete Minderjährige in der Zuständigkeit bayerischer Jugendämter, sind es derzeit über 8.200. Insbesondere die Kommunen an den Hauptzugangs-routen stehen dadurch vor immensen Schwierigkeiten. Um weiterhin eine kindeswohlgerichte Versorgung sicherstellen zu können, müssen unbegleitete Minderjährige künftig nicht nur bayern-, sondern bundesweit verteilt werden. Die Bundesregierung hat hierzu – nicht zuletzt auf Initiative der Staatsregierung – einen Gesetzentwurf vorgelegt. Allerdings muss bereits bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes im Übergangswege eine Verteilung ermöglicht werden, um akute Belastungen abfedern zu können. Das von Bundesministerin Schwesig auf Drängen Bayerns in Aussicht gestellte Übergangskonzept muss dazu zügig ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Allein der Dreiklang aus Hilfe, Vorgehen gegen kriminelle Schleuser und der Reduktion der Anreize für Wirtschaftsflüchtlinge verspricht zusammen mit gelebter europäischer Solidarität die derzeit bestehende Situation zu entspannen.

Natürlich muss eine Prüfung der Asylanträge immer nach europäischen Standards erfolgen. Deshalb sollten Asylaufnahmeeinrichtungen in den Staaten Nordafrikas errichtet und durch die Europäische Union betrieben werden. Auf diese Weise wird nicht nur ein faires Asylverfahren sichergestellt, sondern auch das Leben der Menschen gerettet, die sich auf der Überfahrt über das Mittelmeer in kaum seetauglichen Booten in Lebensgefahr begeben hätten. Gleichzeitig wird so verhindert, dass Menschen enorme Summen an Schleuser zahlen, die die Hoffnung auf ein besseres Leben brutal ausnutzen.

Helfen wo es nötig und sinnvoll ist, aber auch klare Grenzen setzen, so sollte eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß aussehen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller, Kerstin Schreyer-Stäblein, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Joachim Unterländer, Dr. Franz Rieger, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Jürgen W. Heike, Hans Herold, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Thomas Huber, Hermann Imhof, Michaela Kaniber, Alexander König, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Martin Neumeyer, Dr. Hans Reichhart, Berthold Rüth, Alfred Sauter, Martin Schöffel, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Karl Straub, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Steffen Vogel, Manuel Westphal, Mechthilde Wittmann und Fraktion (CSU)**

Drs. 17/7042

Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch – für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß

Der Landtag dankt der Staatsregierung, den bayerischen Kommunen und insbesondere auch allen Ehrenamtlichen für die großen Anstrengungen bei der Hilfe für Flüchtlinge in Not.

Die Staatsregierung wird aber auch aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine konsequente Politik gegenüber Migranten ohne Bleiberecht einzusetzen.

Insbesondere möge die Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen bzw. bei den Bund-Länder-Gesprächen zur Asylpolitik sowie auf europäischer Ebene einfordern:

- Stärkere Unterstützung der Herkunftsstaaten zur Bekämpfung der Fluchtursachen
- Entschiedenes Vorgehen gegen Schleuserkriminalität
- Effektive Seenotrettung im Mittelmeer und Rückführung der aus Seenot geretteten Asylsuchenden in neu zu schaffende europäische Asylzentren in

Nordafrika, in denen ein europäisches Standards entsprechendes Prüfverfahren durchzuführen ist

- Sichere EU-Schengen-Außengrenzen durch konsequente Einhaltung des Schengen-Grenzkodex, Umsetzung der Dublin-III-Verordnung und der Eurodac-Verordnung bei Unterstützung der Erstaufnahmeländer
- Intensivierung der Schleierfahndung, um auf diese Weise die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung weiter zu verbessern
- Einführung einer quotalen Verteilung der in die EU einreisenden Asylbewerber auf alle Mitgliedstaaten
- Einstufung zusätzlicher Länder wie Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten sowie Wiedereinführung der Visapflicht für die Staatsangehörigen von Albanien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien
- Schnellere Bearbeitung von Asylverfahren bei klaren Fällen, insbesondere durch unverzügliche Bereitstellung und Besetzung der zugesagten zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration (BAMF)
- Ausweitung und anschließend konsequente Anwendung der Möglichkeit der Leistungskürzung nach § 1a Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) für Personen, die aus sicheren Herkunftsländern stammen oder deren Asylanträge als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden
- Überprüfung und Absenkung der Jugendhilfestandards bei der Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen

Darüber hinaus appelliert der Landtag an die Bundesregierung, schnellstmöglich eine gesetzliche Regelung für die bundesweite Verteilung von unbegleiteten Minderjährigen zu schaffen. Zudem ist unverzüglich ein Übergangskonzept zu entwickeln, das bis zum Inkrafttreten des Gesetzes eine bundesweite Verteilung ermöglicht, um die gegenwärtige akute Belastungssituation in einigen Grenzregionen zu entschärfen. Die dahingehenden Bemühungen der Staatsregierung auf Bundesebene werden ausdrücklich begrüßt.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Margarete Bause

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Manfred Ländner

Staatsminister Joachim Herrmann

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Hans Herold

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. und Fraktion (CSU)

Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch - für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß (Drs. 17/7042)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster u. a. und Fraktion (SPD)

Pläne der Staatsregierung für eine Neuausrichtung der Asylpolitik (Drs. 17/7079)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für eine menschliche Flüchtlingspolitik: Schutz gewähren - Menschenwürde garantieren - Integration erleichtern (Drs. 17/7080)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Kreuzer.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Fast 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, so viele, wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Fast 220.000 Menschen aus Afrika und Asien sind nach UN-Schätzungen 2014 mit dem Boot über das Mittelmeer nach Europa gekommen. Diese dramatischen Zahlen steigen 2015 weiter an. Mindestens 3.500 Menschen kamen 2014 bei dieser Überfahrt ums Leben.

2008 haben in Deutschland rund 22.000 Flüchtlinge einen Asylantrag gestellt. 2014 waren es schon über 200.000. Dieses Jahr werden bis zu 400.000, manche sprechen von 500.000, Asylbewerber erwartet. Wenn sich diese Zahlen in dieser Dynamik weiterentwickeln, sind es nächstes Jahr 800.000. Ein guter Teil davon betrifft Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo soll das hinführen? - Diese Frage stellen sich unsere Landräte und Bürgermeister, die bei der Unterbringung der Flüchtlinge an ihre Grenzen stoßen. Diese Frage stellen sich auch viele Ehrenamtliche, die den Flüchtlingen tagtäglich vor Ort helfen und erleben müssen, dass auch Tausende zu uns kommen, die unter keinem Gesichtspunkt Schutz- und Bleiberecht in Deutschland beanspruchen können. Diese Frage stellen sich die Menschen in Bayern, wenn sie die Bilder ertrinkender Menschen im Mittelmeer sehen, wenn sie hören, dass Deutschland und einige wenige andere EU-Staaten die Masse der Flüchtlinge aufnehmen, während andere Staaten überhaupt keine Solidarität zeigen, und wenn sie erleben, dass jeden Tag Hunderte Asylsuchende ohne Registrierung und Kontrolle an den Grenzen hier in Bayern ankommen, darunter immer mehr unbegleitete Minderjährige.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf diese Frage müssen wir eine Antwort geben, wenn wir das Vertrauen der Menschen in unserem Land nicht verlieren und die Integrationskraft dieses Landes nicht überfordern wollen. Wir wollen und werden schutzbedürftigen Menschen helfen. Diese humanitäre Verpflichtung nehmen wir als Christen sehr ernst. Wir brauchen dafür aber tragfähige Lösungen, die uns und andere in Europa nicht überfordern. Wir wollen kein Europa, das sich abschottet; und wir brauchen eine effektive Seenotrettung im Mittelmeer, wo akut Menschenleben in Gefahr sind. Aber wir müssen eines feststellen: Wenn wir auf Dauer alle Flüchtlinge, die wir aus überfüllten und seeuntauglichen Booten retten, automatisch und ohne Unterschiede nach Europa bringen, kann dies zu einer Völkerwanderung führen. Dies würde uns absolut überfordern.

(Beifall bei der CSU)

Die Gefahr besteht, dass dies Rechtsradikalen in ganz Europa Aufwind geben wird und Entwicklungsländer bevölkerungsmäßig ausbluten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, obwohl dies nicht das zentrale Thema ist, will ich doch auf die Kosten hinweisen, die bei uns in Bayern aufgrund dieser Situation entste-

hen. Wir haben 450 Millionen Euro pro Jahr im Haushalt vorgesehen. Wir müssen damit rechnen, dass wir 1,5 Milliarden Euro pro Jahr im Haushalt brauchen. Das heißt, wir geben in zwei Jahren mehr für Flüchtlinge aus als beispielsweise für das Breitband- und das Digitalisierungsprogramm zusammen. Ich vergleiche die Dinge nicht miteinander, sondern stelle die zahlenmäßige Dimension dar, um die es hier insgesamt geht. Ich sage ganz klar: Wenn die Entwicklung auf Dauer so weitergeht, können die Ausgaben nicht mit Einnahmewüchsen ausgeglichen werden, sondern wir müssen uns überlegen, wie wir diese Mittel aufbringen können. Ich betone: Wenn 800.000 oder eine Million Flüchtlinge zu uns kommen, braucht sich niemand zu wundern, dass wir gezielt über Finanzierungsmöglichkeiten im Haushalt nachdenken müssen, die auch zu Einsparungen führen können.

Wir sind dankbar, dass der Bund zusammen mit allen Ministerpräsidenten eine Milliarde Euro angekündigt hat. Ich habe dazu zwei Anmerkungen. Zum einen entfallen nach dem Königsteiner Schlüssel auf Bayern 155 Millionen Euro, was 10 % unserer Ausgaben auf diesem Gebiet entspricht. Zum anderen, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht glauben, dass wir die Probleme mit einem Verschiebeparkplatz zwischen den Ebenen Kommunen, Land und Bund lösen. Wir dürfen nicht glauben, dass alles in Ordnung ist, wenn wir Geld hin- und herschieben. Vielmehr ist es so: Alles muss der Steuerzahler bezahlen, egal, wo das Geld ausgegeben wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern deshalb eine konsequente Politik auf Bundes- und EU-Ebene gegenüber Migranten ohne Bleiberecht. Wir fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen Schleuserkriminalität. Die EU ist sich hier ja einig. Aber wir wissen auch, dass die praktische Umsetzung, zu der etwa das Zerstören von Schleuserbooten gehört, nicht einfach sein wird. Wir fordern deshalb eine Rückführung der aus Seenot geretteten Asylsuchenden in europäische Asylzentren in Nordafrika, wo Asylverfahren nach europäischen rechtlichen Standards durchgeführt werden können. Die Bundesregierung muss sich in der EU dafür einsetzen, dass mit nordafrikanischen Staaten entsprechende Vereinbarun-

gen über Asylzentren getroffen werden. Nur so schaffen wir es, dass Schutzbedürftige besseren Schutz und rasche Hilfe erhalten und vor allem, dass Menschen auf der offenen See nicht mehr ihr Leben riskieren müssen. Wir werden dadurch der Schleuserkriminalität das Wasser abgraben, aber auch dafür sorgen, dass Europa mit der Flüchtlingsbewegung nicht überfordert wird. Dies ist der richtige Weg.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden deshalb den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN, in dem diese Maßnahme abgelehnt wird, und den Dringlichkeitsantrag der SPD ablehnen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, heute schon zu sagen, wie dies genau aussehen wird, wie lange die Verfahren dort dauern und wie dieses Vorgehen rechtsstaatlich ausgestaltet wird, ist verfrüht; denn wir müssen entsprechende Vereinbarungen auf europäischer Ebene treffen. Danach kann man insgesamt darüber berichten, wie sich diese Praxis im Einzelnen gestaltet. Deswegen werden wir Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

Den in diesen Zentren anerkannten Asylbewerbern müssen wir dann eine sichere Überfahrt nach Europa gewähren und sie innerhalb der Europäischen Union nach einer festen Quote verteilen. Wir müssen doch klar sehen, dass die Rettung aus Seenot, wie sie heute erfolgt, ein Anreiz dafür ist, mit noch mehr und schlechteren Booten die Überfahrt zu versuchen. Deshalb wird es unter dem Strich noch mehr Tote geben, wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln. Selbstverständlich fordern wir eine stärkere Unterstützung der Herkunftsstaaten bei der Bekämpfung der Fluchtursachen über eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie einen größeren Einsatz bei der Stabilisierung dieser Länder. Die Bundesregierung hat deshalb über die Koalition für das Entwicklungshilfeministerium einen zusätzlichen Milliardenbetrag vorgesehen. Ich halte es für richtig, dass wir unseren Einsatz in diesen Ländern verstärken.

Auf die Frage, wer zu uns kommt, fallen mir folgende Begriffe ein: ISIS, Taliban und Boko Haram. Meine Damen und Herren, das sind international tätige Terroristen und menschenverachtende Gruppen, die Menschen wegen ihrer Religionszugehörigkeit

umbringen. Diese Gruppen sind in verschiedenen Staaten tätig. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die internationale Staatengemeinschaft dem Treiben dieser Gruppen auf Dauer zusehen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen hier Lösungen von den Vereinten Nationen. Was hier passiert, ist weitgehend Völkermord, eine brutale Unterdrückung der Menschenrechte. Dies muss gestoppt werden; denn dies ist ein Hauptgrund für die Flüchtlingsströme, die wir in Deutschland aufzufangen haben.

Wir müssen aber auch sehen, dass diese Maßnahmen, auch die Entwicklungshilfemaßnahmen, nur langfristig wirken und schnell wirksame Maßnahmen nicht ersetzen können. Wir fordern sichere Schengen-Außengrenzen durch eine konsequente Einhaltung der Schengen-Vereinbarungen und wirksame Kontrollen an den EU-Außengrenzen. Die Erkenntnisse aus den vorübergehenden Grenzkontrollen während des G-7-Gipfels in Elmau waren leider ein deutliches Alarmsignal.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen deshalb eine Intensivierung der schon guten Schleierfahndung, um auf diese Weise die Sicherheit der bayerischen Bevölkerung weiter zu verbessern. Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Dublin-III-Verordnung. Dabei ist klar, dass wir die Erstaufnahmeländer wie Italien oder Griechenland mit der Registrierung und beim Asylverfahren nicht allein lassen können; denn diese Länder sind mit diesen Zahlen überfordert. Trotzdem muss eine Registrierung der Flüchtlinge erfolgen. Anschließend müssen sie nach Quoten verteilt werden. Wir Deutsche üben jeden Tag Solidarität innerhalb der Europäischen Union. Ich erinnere an die verschiedenen finanziellen Leistungen. Deswegen sage ich: Wir können schon erwarten, dass sich auch andere Länder einmal mit Deutschland solidarisch zeigen.

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern die Einstufung weiterer Länder, vor allem Albanien, Kosovo und Montenegro, als sichere Herkunftsstaaten sowie die Wiedereinführung der Visapflicht für die Länder des Balkans. Meine Damen und Herren, die Aufhebung dieser Pflicht hat sich als schwerer Fehler entpuppt.

(Beifall bei der CSU)

Im April kamen fast 20 % aller Asylantragsteller aus Albanien. Albanien war damit das stärkste Herkunftsland. Wer in dieser Frage im Bundesrat weiter blockiert, ist mitverantwortlich für die zunehmenden Probleme unserer Landkreise und Gemeinden angesichts der stetig steigenden Zugangszahlen.

(Beifall bei der CSU – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Bravo!)

Er ist außerdem mitverantwortlich dafür, dass uns Unterbringungskapazitäten für Bürgerkriegsflüchtlinge, zum Beispiel aus Syrien, fehlen und dass die Lage dieser Menschen immer schwieriger wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, damit Sie einmal sehen, wie anderswo gedacht wird: Ich habe zwei Radio-Diskussionen mit der GRÜNEN-Europaabgeordneten Keller geführt, der asylpolitischen Sprecherin der GRÜNEN. Ich möchte nur zwei ihrer Antworten auf diese Probleme nennen: Erstens. Jeder Mensch in der Welt soll an seiner jeweiligen Botschaft einen Asylantrag für Deutschland stellen und dann frei nach Deutschland einreisen können. Die Umsetzung dieser Forderung würde zu einer Explosion der Zahl von Flüchtlingen aus der ganzen Welt in unserem Lande führen. Der zweite grandiose Vorschlag lautete: Sobald ein Asylbewerber irgendwo in Europa anerkannt worden ist, sollte er Freizügigkeit genießen und das Land für seinen Aufenthalt wählen können, das er will.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wahnsinn!)

Auch diese Maßnahme würde zu einer massiven Wanderungsbewegung nach Deutschland führen, weil wir zum Beispiel im Hinblick auf unser Sozialsystem in Europa führend sind. Wer so etwas fordert, vertritt nicht die Interessen der bayerischen und der deutschen Bevölkerung.

(Beifall bei der CSU)

Da kann man doch jedem EU-Staat, der wirtschaftlich ärmer als wir dran ist, nur raten, den Flüchtlingen möglichst schnell eine Asyl-Anerkennung auszusprechen und vielleicht noch eine Fahrkarte nach Deutschland zu finanzieren. Dann hätte dieser Staat nicht mehr das Problem, wir in Deutschland hätten jedoch vermehrte Probleme. Dies sind keine Lösungsansätze! Ich habe den Eindruck, solche Politiker haben den Ernst der Situation vor Ort überhaupt noch nicht erkannt!

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern die Ausweitung und die konsequente Anwendung von Leistungskürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Wir müssen falsche Anreize für den Missbrauch des Asylrechts konsequent unterbinden.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen eine klare Unterscheidung zwischen den wirklich Schutzbedürftigen und Flüchtlingen ohne jede Bleibeperspektive. Das ist unabdingbar notwendig.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in diesem Jahr lag die Anerkennungsquote in Bayern in den ersten Monaten bei 29 %. Auf Bundesebene liegt die Anerkennungsquote durch das Bundesamt bei 34 %. Zwei Drittel der Flüchtlinge sind also ohne Bleibeperspektive. Dies darf nicht so bleiben; sonst werden wir die Probleme nicht in den Griff bekommen. Ich fordere, diese Unterscheidung nicht erst dann zu treffen, wenn

Flüchtlinge unter Lebensgefahr Europa erreicht haben; denn genau dies ist keine humane Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Damit würden wir das Geschäft der Schleuser- und Schlepperbanden befördern, die die Menschen hierher bringen. Wer eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß will, für eine wirksame Hilfe für Schutzbedürftige und gegen eine Überforderung Bayerns durch den Missbrauch des Asylrechts ist, muss heute unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen. Darum bitte ich.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Kreuzer, wir haben Ihren Antrag genau gelesen. Über die ersten drei Spiegelstriche haben wir, glaube ich, schon dreimal im Bayerischen Landtag abgestimmt. Sie fordern zum Beispiel ein entschiedenes Vorgehen gegen die Schleuserkriminalität. Ich würde gerne wissen, was konkret getan werden soll.

(Hans Herold (CSU): Zuhören!)

Dann fordern Sie eine stärkere Unterstützung der Herkunftsstaaten. Sagen Sie doch bitte, was Sie konkret wollen. Zur Leistungskürzung möchte ich darauf hinweisen, dass es ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 gibt. Darin steht ganz klar, dass nicht nach dem Aufenthaltsstatus differenziert werden darf. Wissen Sie, dass Sie daher gegen Prinzipien des Bundesverfassungsgerichts verstoßen?

(Jürgen W. Heike (CSU): Nein!)

Ein weiterer Punkt, den ich noch bringen will, ist die Dauer der Verfahren. Deutschland ist in der EU Schlusslicht. Im Jahr 2014 wurden 221.000 Verfahren nicht bearbeitet.

Wir sind mit Ihnen schon der Meinung, dass die Verfahren verbessert werden müssen. Wir können doch bei der Bearbeitung von Asylverfahren in der EU nicht Schlusslicht sein. Aber wir sagen auch: Sie sind schon seit einiger Zeit an der Regierung. Warum schaffen Sie es nicht, dass diese Verfahren kürzer werden, dass sie im Durchschnitt nur 7,1 Monate dauern? Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Sie erheben Forderungen an die Bundesregierung, aber die CSU ist ein Teil der Bundesregierung und hätte daher etwas tun müssen, Herr Kreuzer.

Ich habe diese Fragen letzte Woche schon einmal gestellt. Ich wäre Ihnen daher dankbar, wenn Sie zumindest dazu Stellung nehmen könnten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Fahn, ich kann jetzt nicht einzelne Maßnahmen der Entwicklungshilfe in den verschiedenen Ländern aufzählen, um zu zeigen, wie man die Situation in den Herkunftsländern verbessern kann. Ich sage Ihnen aber zum Asylrecht: Wir fordern seit geraumer Zeit eine deutliche Beschleunigung des Asylverfahrens.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir auch!)

Jetzt wird auch zusätzlich Personal eingestellt. Entweder sagen Sie es nicht, oder Sie wissen es nicht: Bei uns ist die Rechtslage viel komplizierter als in anderen Ländern der Europäischen Union. Bei uns ist das Asylrecht ein individuelles Grundrecht, auf das jeder Anspruch hat. Die meisten anderen Länder haben nur eine Verfahrensgarantie. Dort können die Verfahren schneller durchgeführt werden. In den meisten Ländern gibt es keinen Rechtsschutz gegen ablehnende Bescheide, damit Sie einmal Bescheid wissen. Bei uns können Gerichtsverfahren eingeleitet werden. Sie können doch nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. Wenn Sie Zustände wie in anderen Ländern wollen, müssen Sie die Abschaffung dieses Grundrechts und die Einführung einer Verfahrensgarantie fordern.

(Beifall bei der CSU)

Dann will ich Ihnen schon einmal aufzeigen, wie schnell sich der Wind in der Diskussion dreht. Am 20. Dezember 2012 haben Sie von den FREIEN WÄHLERN zusammen mit der SPD und den GRÜNEN eine Presseerklärung abgegeben: Winterabschiebestopp für Flüchtlinge aus Südosteuropa und aus Afghanistan. Ihr Sprecher Peter Bauer führte aus, dass er bei Flüchtlingen bestimmter Nationalität für einen Abschiebestopp im Winter sei.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das war vor Weihnachten!)

Besonders Menschen aus dem Kosovo, aus Montenegro, Serbien und Albanien seien in der kalten Jahreszeit besonderen Härten ausgesetzt. Das war Ihre Flüchtlingspolitik vor zwei Jahren. Sie haben die Thematik, um die es geht, überhaupt nicht begriffen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Vier Tage vor Weihnachten!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bevor ich jetzt den Kollegen Pfaffmann zum Rednerpult bitte, teile ich Ihnen mit, dass die CSU-Fraktion für ihren Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Bitte, Herr Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schön, dass wir in diesem Parlament wieder über das Thema Asylrecht diskutieren. Es wird uns die nächsten Monate und möglicherweise auch Jahre begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stimmt, wir stehen vor einer Herausforderung, mit der wir vor Jahren noch nicht gerechnet haben. Die schwierige Lage der europäischen und weltweiten Flüchtlingsbewegungen erfordert Antworten. Da gebe ich Ihnen recht, Herr Kreuzer. Die schwierige Lage erfordert Antworten der verschiedenen Länder. Es müssen nur die richtigen Antworten sein, und die Antworten, die Sie heute vortragen, sind schon längst in der Diskussion oder aus humanitären Gründen höchst fraglich, oder sie sind aus völker- und europarechtlicher Sicht oder aufgrund verschiedener

Diskussionen, die in der Europäischen Union geführt werden, nicht akzeptabel. Insofern werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir werden ihn aber auch aus inhaltlichen Gründen ablehnen. Das will ich gleich darstellen.

Gestatten Sie mir aber zunächst ein Wort des Dankeschöns für die letzten Monate an all diejenigen, die sich für die Flüchtlingspolitik in Bayern, Deutschland und Europa im Ehrenamt und auch bei den Institutionen starkgemacht haben. Es ist viel passiert. Geld ist bereitgestellt worden. Die Bundesregierung hat reagiert, und dafür möchte ich jetzt die Gelegenheit nutzen, ein Dankeschön für diese Arbeit zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kreuzer, ich habe überhaupt kein Verständnis für das unsolidarische Verhalten einiger europäischer Länder. Dabei haben Sie uns an Ihrer Seite. Es kann schlicht nicht akzeptiert werden, dass sich innerhalb der europäischen Länder die einen abspitzen – das habe ich hier schon einmal gesagt – und die anderen die Hauptlast tragen. Das ist nicht mit der europäischen Struktur und dem europäischen Gedanken vereinbar. Da haben Sie uns an Ihrer Seite, lieber Herr Kreuzer.

(Beifall bei der SPD)

Andererseits ist es aber unredlich, auf andere Länder mit dem Finger zu zeigen, so zum Beispiel auf Italien oder auf Griechenland, die nun einmal das Pech haben, am Mittelmeer zu liegen, und welche die Hauptlast zu tragen haben. Diese Mittelmeerrainerländer werden von der Europäischen Union bei der Bewältigung ihrer Probleme komplett alleingelassen. Das geht auch nicht. Diese Länder verdienen unsere solidarische Unterstützung. Deswegen ist eine europäische Lösung für Italien, Griechenland und alle anderen Mittelmeerrainerstaaten gefragt. Dazu höre ich auch im europäischen Zusammenhang recht wenig seitens der Konservativen.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kreuzer, nicht gefallen haben mir die Zusammenhänge, die Sie hier oftmals darstellen. Ich verstehe sie zwar aus Ihrer Sicht, aber sie gefallen mir nicht. Wer versucht, einen Zusammenhang zwischen radikalen Islamisten, die wir auch nicht wollen, und dem Missbrauch des Asylrechts einerseits und der allgemeinen Flüchtlingspolitik andererseits herzustellen, handelt unredlich und zynisch.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie wirklich politisch seriös argumentieren wollen, können Sie nicht Menschen, die Flucht und Vertreibung, unendliches Leid, Krieg, Vergewaltigung und Trennung der Familien hinter sich haben, mit in der Tat nicht akzeptablen radikalen Islamisten oder sonstigen Personen gleichsetzen. Das gefällt mir an Ihrer Argumentation nicht. Sie müssen in der Flüchtlingspolitik schon sauber unterscheiden und diskutieren.

(Zuruf von der CSU: Das tun wir ja! – Thomas Kreuzer (CSU): Sie müssen das noch einmal nachlesen, Herr Pfaffmann!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht auch noch ein Satz zu dem Abschiebestopp, den wir in der Tat gefordert haben. Lieber Herr Kreuzer, beim Abschiebestopp für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten, der auch von uns gefordert wurde, ging es nicht um eine Lösung der europäischen Flüchtlingspolitik, sondern um humanitäre Hilfe im Winter für Familien mit Kindern. Diese Familien hatten zu Hause kein Dach über dem Kopf, sie mussten in Zelten schlafen und wurden noch dazu verfolgt. Da, meine ich, ist ein Akt der humanitären Hilfe auch dann, wenn es kein Asylverfahren gibt, in einer zivilisierten Gesellschaft durchaus angemessen und angebracht.

(Beifall bei der SPD)

Ich will zur Ihrer grandiosen Forderung nach Asylzentren in Nordafrika Stellung nehmen. Sie wurde in den Zeitungen mehrmals angekündigt. Lieber Herr Kreuzer, das hört sich gut an, aber man sollte schon seriös sagen, wie das eigentlich gehen soll.

Sie wissen doch ganz genau, dass das nicht geht. Warum also stellen Sie diesen Antrag? – Sie stellen diesen Antrag, weil Sie sonst kein Konzept und keinen Lösungsvorschlag haben, wie das Flüchtlingsproblem in den Griff zu bekommen ist. Warum ist es nicht zu lösen? – Sie haben es selbst gesagt, es geht nicht, weil das Asylrecht ein individuelles Recht ist. Wenn Sie Menschen, die Asyl beantragen wollen, in Länder zurückführen, die kein deutsches Hoheitsgebiet sind, dann können diese keinen Asylantrag stellen. Es sei denn, Sie wollen, dass Flüchtlingslager in Nordafrika in der Tat hoheitliche Aufgaben übernehmen. Dann sollten Sie aber erklären, wie das geht. Wie sollen wir uns das vorstellen? Sind dann Richter und Mitarbeiter des Migrationsamtes vor Ort? Schicken wir Anwälte dorthin; denn die Antragsteller haben schließlich ein Recht auf Rechtsbeistand?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Teilweise; warum nicht?)

Schicken wir Richter dorthin, die entscheiden? Was ist mit dem Widerspruchsrecht? Was ist mit dem Vertretungsrecht? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesen Vorschlag können Sie vergessen!

(Beifall bei der SPD)

Wir können über die Frage der Beratungszentren in den Hauptflüchtlingsländern dieser Welt reden. Darüber können wir gerne reden. Wir können auch darüber reden, ob wir Menschen vor Ort unterstützen, die möglicherweise ihr Land verlassen. Wir können außerdem darüber reden, ob die Frage der Beschäftigungspolitik, auch im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel, in den Hauptherkunftsländern besprochen und diskutiert wird. Aber es ist doch völlig absurd, in Libyen, einem Land ohne staatliche Struktur, ohne irgendwelche Sicherheiten und ohne eine funktionierende Regierung, ein Asylzentrum der Europäischen Union aufzumachen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum nicht in Jordanien?)

ein Zentrum mit Richtern, Staatsanwälten, Prüfungen und Rechtsbeistand. Glauben Sie in der Tat, dass das funktioniert?

Ein anderer Aspekt: Ist es nicht so, dass Sie Länder wie Tunesien oder Libyen, die nordafrikanischen Länder eben, mit einem solchen Vorschlag zu einer Türsteherfunktion für Europa umfunktionieren? - Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nichts anderes als der Versuch der Abschottung. Sie wollen sozusagen die Grenzen dichtmachen, und die anderen – Libyen, Tunesien und sonstige nordafrikanische Staaten – sollen für uns die Probleme lösen. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein. In einer seriösen flüchtlingspolitischen Debatte hat diese Ansicht nichts zu suchen.

(Beifall bei der SPD)

Die Gefahr, dass riesige Lager in Tunesien entstehen, wäre gegeben. Was glauben Sie, was da los wäre? – Tausende von Menschen wären in einem Asyllager in Tunesien.

(Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt sind sie bei uns!)

Dort gibt es keine staatliche Struktur. Mein lieber Herr Gesangverein, Sie können froh sein, wenn das nicht kommt. Das wäre dann auch ein EU-Lager. Auch dort würden humanitäre Grundsätze gelten, deren Einhaltung Sie sicherstellen müssten.

(Josef Zellmeier (CSU): Es ist entscheidend, wo wir sie unterbringen!)

Oder wollen Sie sie in den nordafrikanischen Ländern in Zelten unterbringen? – Das ist ein nicht realisierbarer Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Auch wir wollen ein entschiedenes Vorgehen gegen die Schleuserkriminalität. Wer sollte hier dagegen sein? Wer? – Ich sage Ihnen aber, der Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, entbehrt eines jeglichen konzeptionellen Hintergrunds. Sie sagen beispielsweise, Sie sind gegen Schleuserkriminalität, wie 99 % der Bevölkerung in die-

sem Land. Sie sagen aber nicht, wie Sie die Schleuserkriminalität in Libyen bekämpfen wollen. Wir haben doch keinen Zugriff auf diese Strukturen. Das sind nur hehre Forderungen, die alle unterstützen können. Es wäre mir lieber, Sie würden konzeptionelle oder konkrete Maßnahmen fordern.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, Sie wollen eine effektive Seenotrettung. Wer will das nicht? - Hier wird die Differenz zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich.

(Zuruf von der CSU)

Ich darf Sie daran erinnern, dass Sie im Landtag die Anträge auf Einrichtung einer humanitären Flotte im Mittelmeer abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD)

Wer hier im Plenum eine effektive Seenotrettung verlangt, in den Ausschüssen aber die entsprechenden Anträge dafür ablehnt, der handelt heuchlerisch. Genau das ist Ihr Antrag im Grundsatz. Sie machen keine Vorschläge, wie wir diese Probleme wirklich lösen können.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ich habe von Ihnen aber auch noch keinen einzigen Lösungsvorschlag gehört! – Zuruf von der SPD: Das ist purer Populismus!)

Sie greifen die allgemeine Diskussion auf. Ich befürchte, dass Sie mit diesem Antrag ein bestimmtes Ziel verfolgen, was die Sache auch so schwierig macht. Sie haben nämlich nicht das Ziel, das Problem seriös und konstruktiv zu lösen, sondern Sie haben das Ziel – und das sage ich jetzt durchaus politisch -, Wähler zu erschließen, die wir nicht haben wollen. Das ist doch der Hintergrund Ihres Antrags.

(Karl Freller (CSU): So ein Blödsinn!)

Das ist der Hintergrund Ihres Antrag; zumindest ist er dafür geeignet. Sie wollen sichere EU- beziehungsweise Schengen-Außengrenzen. Wer will nicht sichere EU- und Schengen-Außengrenzen?

(Josef Zellmeier (CSU): Wenn die SPD so weitermacht, hat aber sie bald keine Wähler mehr!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich hätte mir gewünscht, dass Sie in den letzten Jahren nicht jeden Antrag zur Integration, zur Sprachförderung, zur besseren Unterstützung junger Menschen, zur Arbeitsförderung oder für eine bessere Situation beim Auszug aus den Erstunterkünften abgelehnt hätten. Sie haben aber jeden Antrag dieser Art in den letzten Jahren in diesem Haus abgelehnt. Ihre Zustimmung wäre effektiver gewesen als ein so populistischer Antrag, der jeglicher Grundlage entbehrt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Ich bitte nun die Kollegin Bause ans Rednerpult.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen! Herr Kreuzer, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede auf die Dimension des weltweiten Flüchtlingselends hingewiesen.

(Zuruf von der CSU: Zu Recht!)

- Zu Recht, ja. - Man spricht davon, dass derzeit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Kriegen, von Folter, vor brutaler Gewalt, vor Vergewaltigung, vor Menschenrechtsverletzungen sind. Wir haben heute das größte Flüchtlingselend seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Man muss sich bewusst machen, welche Situation weltweit besteht. In diesem Lichte muss man sich die Vorschläge ansehen, die Herr Kollege Kreuzer uns hier präsentiert hat. Die Frage ist, ob diese Vorschläge auch nur irgendeinen Beitrag dazu leisten, um diese Dimension in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die meisten Menschen fliehen innerhalb ihres eigenen Landes, und sie fliehen in ihre Nachbarländer. Sechs der zehn Länder mit der weltweit größten Flüchtlingsaufnahme

sind Länder in Afrika. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Nicht wir hier in Deutschland sind es. Sechs der zehn Länder, die im weltweiten Vergleich am meisten Flüchtlinge aufnehmen, sind Länder in Afrika. Nur ein kleiner, wenn auch wachsender Teil der Schutzsuchenden kommt zu uns nach Europa. Und was passiert hier in Europa? Europa, das sind wir alle, das ist nicht weit weg in Brüssel. Das betrifft uns alle in unserer politischen Verantwortung. Europa versagt kläglich in der Flüchtlingspolitik. Die EU hat den Landweg aus den Krisengebieten des Mittleren Ostens versperrt, unter anderem durch Sperrzäune zwischen Griechenland und der Türkei. Man zwingt die Schutzsuchenden durch diese Versperrung des Landweges auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer. Wenn diese Menschen dort ertrinken, vergießt man Krokodilstränen darüber. Aber vorher hat man die Fluchtwege auf dem Land versperrt. Deswegen muss diese Politik grundlegend geändert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allein in diesem Jahr sind über 3.000 Menschen bei dem Versuch ertrunken, über das Mittelmeer zu fliehen. Nichts könnte das Versagen der europäischen Flüchtlingspolitik dramatischer vor Augen führen. Was da passiert, ist ein tödliches Versagen.

Was muss jetzt unsere Antwort darauf sein? – Unsere Antwort darauf muss in der Tat eine starke Politik sein, eine starke Politik der Menschlichkeit in Bayern, auf Bundesebene und in der Europäischen Union. Das ist die Antwort auf das weltweite Flüchtlingselend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viele Menschen praktizieren das bei uns schon tagtäglich.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wie viele Menschen gehen in die Unterkünfte, helfen den Flüchtlingen, den Schutzsuchenden, die zu uns kommen? – Sie spenden Geld, sie spenden ihre Zeit, sie betreuen Kinder, sie geben Nachhilfe, sie geben Deutschunterricht. Viele Menschen

praktizieren in ihrem Alltag diese Politik der Menschlichkeit für sich ganz persönlich. Aber wir brauchen, damit diese Politik der Menschlichkeit dann auch tatsächlich Fuß fasst, die richtigen politischen Maßnahmen auf Bundesebene, auf Landesebene und auf europäischer Ebene. Diese Maßnahmen sind Sie bisher schuldig geblieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht, Herr Kreuzer, dass Sie neben all den starken Worten vielleicht auch einmal ein Wort des Dankes finden für all die Menschen, die sich auf der kommunalen Ebene,

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Was machen wir denn laufend?)

in den Flüchtlingsorganisationen, in den Initiativen für diese Flüchtlinge einsetzen und sich ehrenamtlich engagieren.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das tun wir doch laufend! – Weitere Zurufe von der CSU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

– Sie sagen, sie machen das ständig? – Hier, in diesem Zusammenhang - -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte doch um etwas mehr Ruhe.

Margarete Bause (GRÜNE): Es wäre gut gewesen, Sie hätten das hier im bayerischen Parlament in Ihrer Rede an diesem heutigen Tage getan.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Das hat er doch ständig getan!)

Was heißt jetzt eine Politik der Menschlichkeit?

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Bause, bitte warten Sie mal. – Frau Bause, die möchten sich erst einmal beruhigen. Denken Sie alle an Ihren Blutdruck!

(Thomas Kreuzer (CSU): Ihren Blutdruck gefährdet Frau Bause selbst – so, wie sie redet! – Weitere Zurufe)

- Nein, bitte nicht immer dazwischenreden. Melden Sie sich halt zu einer Zwischenbemerkung; ist doch gar kein Problem. Dann hört Ihnen jeder zu. – Also, jetzt, Frau Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Machen Sie sich keine Sorgen um meinen Blutdruck; den habe ich wunderbar im Griff. – Was heißt eine Politik der Menschlichkeit? – Das heißt zuallererst, dass wir das individuelle Recht auf Asyl bewahren und wie unseren Augapfel hüten. Das individuelle Recht auf Asyl ist eine Lehre aus der Nazizeit, ist eine Lehre aus unserer eigenen Geschichte. Deswegen müssen wir alles tun, um dieses individuelle Recht auf Asyl zu erhalten, und dieses Recht jedem Menschen, der bei uns um Asyl ersucht, zugestehen und seinen Anspruch prüfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen, wir brauchen schnellere Verfahren. Ich weiß nicht, wie lange ich das schon höre. Bitte schön: Warum handeln Sie hier nicht endlich? – Natürlich brauchen wir schnellere Verfahren.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): ... sichere Drittstaaten!)

Die Verfahren dauern ein, zwei, drei und noch mehr Jahre. Deswegen sollten Sie Ihrer Verantwortung endlich gerecht werden und alles dazu tun, damit wir die notwendigen Beamten und Mitarbeiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge endlich bekommen, die für eine zügige Bearbeitung der Verfahren sorgen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir stehen zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das 2012 gesagt und Ihnen ins Stammbuch geschrieben hat, dass der Schutz der Menschenwürde nicht zu relativieren ist. Der Schutz der Menschenwürde steht allen zu, egal, woher sie kom-

men. Das Bundesverfassungsgericht hat auch ganz deutlich gemacht: Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren. – Das heißt: Sie dürfen das Existenzminimum nicht zum Zweck der Abschreckung zusammenkürzen. Das hat das Bundesverfassungsgericht eindeutig festgelegt. Deswegen fordere ich Sie auf: Verhalten Sie sich endlich rechtskonform und verfassungskonform!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben in unserem Antrag viele Punkte aufgelistet, was wir auf bayerischer Ebene endlich tun müssen, um diese Politik der Menschlichkeit zu realisieren. - Ich möchte jetzt aufgrund des Zeitmangels zu Ihrem aktuellen Lieblingsthema, der Einrichtung von Asylzentren in Nordafrika, kommen. Herr Kreuzer, Sie wissen doch: Sie sind mit dieser Forderung sogar in den eigenen Reihen isoliert. Vielleicht haben Sie heute früh Ihren Kollegen Gerd Müller aus dem Allgäu gehört; Sie kennen ihn mit Sicherheit. Er hat deutlich gemacht, dass diese Idee völlig realitätsfremd ist. Ihr Kollege Müller hat deutlich gemacht: Das kann man gar nicht umsetzen, das ist realitätsfremd. Auch innerhalb der Koalition sind Sie mit dieser Idee völlig isoliert. Herr Pfaffmann hat das schon ausgeführt. In welchem Land sollen denn diese Zentren bitte schön entstehen? Wie wollen Sie dort die Sicherheit garantieren? Wie wollen Sie dort den Rechtsschutz sicherstellen? - Länder wie Libyen zerfallen. Erzählen Sie mir doch nicht, dass Sie dort irgendwelche Asylzentren aufbauen wollen. Ihr Vorschlag dient im Kern dazu, dass sich die Festung Europa noch mehr abschottet, und das ist schäbig. So kommen wir nicht zu einer humanen Lösung in der Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN – Dr. Florian Herrmann (CSU): Mit Ihren Vorstellungen aber auch nicht! – Thomas Kreuzer (CSU): Kommt vielleicht ein Lösungsvorschlag?)

- Mein Lösungsvorschlag sind in der Tat humanitäre Visa in den Herkunftsländern. Dort wird geprüft, ob ein Asylanspruch vorliegt. Dann können sie mit diesem humanitären Visum nach Deutschland kommen, und dann wird der Anspruch auf Asylrecht auf

deutschem Boden geprüft. So garantieren wir das Recht auf Asyl, und nicht mit Ihrer Vorstellung, dort Zentren zu errichten, die völlig realitätsfremd ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden von der Dublin-Verordnung und fordern, sie müsse konsequent umgesetzt werden. Im gleichen Atemzug sagen Sie: Wir wollen aber eine fairere Verteilung der Flüchtlinge in ganz Europa. – Ja, bitte schön: Das beißt sich doch. Die Dublin-Verordnung besagt doch gerade, dass die Flüchtlinge dort bleiben müssen, wo sie zum ersten Mal registriert sind. Sie besser oder fairer über ganz Europa zu verteilen, geht dann gar nicht. Was auf den Prüfstand muss, was dringend geändert werden muss, ist genau diese Dublin-Verordnung. Ich würde mir mal wünschen, dass Sie sich da engagieren, anstatt so rechtspopulistische Äußerungen von sich zu geben wie Herr Söder. Er hat sich bei der AfD und der NPD bedient, als er gesagt hat, wir müssen die Schengen-Verordnung aussetzen. Ich hab nachgeschaut: Diese Forderung nach Aussetzung der Schengen-Verordnung stammt aus dem letzten Landtagswahlkampf der AfD in Thüringen; sie ist auch eine Forderung der NPD in Sachsen. Ich hoffe, dass Sie sich derartige Forderungen nicht länger zu eigen machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie reden von Flüchtlingspolitik mit Augenmaß. Tatsächlich vergiften Sie durch Ihre zunehmend schrillen Töne und durch untaugliche und zum Teil rechtswidrige Vorschläge zunehmend das gesellschaftliche Klima.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Aha, wir sind das!)

Sie müssen sich entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Wollen Sie das gesellschaftliche Klima vergiften, wollen Sie Beifall von den Rechtspopulisten, oder wollen Sie zusammen mit vielen Verbänden und Organisationen, mit den Flüchtlingsorganisationen, mit den Ehrenamtlichen, mit den Kirchen und der Wirtschaft, wollen Sie zusammen mit diesen starken Partnern ein Bündnis für Menschlichkeit in Bay-

ern und in Deutschland? – Wir GRÜNE sind hier klar, und Sie sind herzlich eingeladen zu einem Bündnis für Menschlichkeit in der Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Frau Bause. Herr Professor Dr. Waschler möchte eine Zwischenbemerkung machen.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Frau Kollegin Bause, Sie haben sehr eloquent

(Margarete Bause (GRÜNE): Danke für das Kompliment! – Dr. Florian Herrmann (CSU): Na ja, mittelmäßig eloquent!)

versucht, Ihren Standpunkt darzulegen. Gleichzeitig haben Sie weit am Thema vorbei gesprochen und sich nicht vorab gründlich über die Sachverhalte informiert. Unter anderem haben Sie der CSU-Fraktion unterstellt, sie würde den ehrenamtlich Tätigen, die bei der Asylproblematik eine segensreiche Arbeit leisten, nicht genügend danken. Jetzt frage ich Sie, ob Sie den Antrag, dessen Ablehnung Sie eben eloquent, aber argumentativ nicht sehr stimmig zu begründen versucht haben, gelesen haben; denn der Antrag lautet, ich zitiere:

Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag dankt der Staatsregierung, den bayerischen Kommunen und insbesondere auch allen Ehrenamtlichen für die großen Anstrengungen bei der Hilfe für Flüchtlinge in Not.

Haben Sie den Antrag überhaupt gelesen? Wie kommen Sie dazu, der CSU-Fraktion zu unterstellen, dass sie diesen Dank nicht ausspricht? Wenn Sie den Antrag nicht gelesen haben, würde mich interessieren, warum Sie ihm, wie ich Ihren Worten entnehme, nicht zustimmen wollen, obwohl Sie genau das Gleiche fordern.

(Beifall bei der CSU)

Margarete Bause (GRÜNE): Herr Kollege Waschler, ich kann lesen, aber Sie können nicht zuhören. Ich habe den Kollegen Kreuzer angesprochen, und der Kollege Kreuzer

hat in seiner wie auch immer eloquenten Rede kein einziges Wort des Dankes für die aufwendige und aufopferungsvolle Arbeit der Helferinnen und Helfer in den Unterkünften gefunden. Schreiben kann man vieles; Papier ist geduldig. Aber es wäre dann, wenn der Fraktionsvorsitzende über Flüchtlingspolitik spricht und darüber, welche Leistungen sie von den Kommunen erfordert, gut, auch einmal die Leistung derjenigen anzusprechen, die diese Arbeit tagtäglich erbringen und die sich tagtäglich über Schikane, bürokratische Hindernisse und Hürden ärgern, die ihnen von Ihrer Politik in den Weg gelegt werden. So ist es nämlich.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Einen Moment bitte. Wir haben noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nachdem der Wettlauf im Dankeschönsagen offensichtlich begonnen hat, frage ich Sie, Frau Bause, ob Sie mir den Gefallen tun, Herrn Dr. Waschler zu fragen, ob er und die CSU-Fraktion beim Wettlauf um die Dankesworte bereit wären, den Worten Taten folgen zu lassen und die Ehrenamtlichen als Dankeschön voll zu finanzieren und für eine ausreichende Personalausstattung zu sorgen,

(Zuruf von der CSU: Dann ist es kein Ehrenamt mehr! – Thomas Kreuzer (CSU):
Sie wissen nicht einmal, was Ehrenamt ist!)

als Dankeschön an das Ehrenamt Koordinierungszentren einzurichten und zu finanzieren und als Dankeschön an das Ehrenamt für schnellere Verfahren und humanere Situationen in den Unterkünften zu sorgen. Das wäre ein echtes Dankeschön, das weit über Worte hinausgeht.

Margarete Bause (GRÜNE): Ich hoffe, dass die Hörfähigkeit von Herrn Waschler jetzt wieder zugenommen hat

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Besser als Ihre ...!)

und er Ihre Frage tatsächlich gehört hat. Die Antwort muss er selber geben. Aber in der Tat ist es so, dass zur Unterstützung des Ehrenamtes natürlich auch die Stärkung der Hauptamtlichen in den Unterkünften gehört. Wir brauchen Asylsozialarbeit, damit die Ehrenamtlichen diese Aufgabe nicht auch noch übernehmen müssen und überhaupt nicht mehr wissen, wohin sie zuerst langensollen. Zur Unterstützung des Ehrenamtes gehört genau, die Hauptamtlichen zu unterstützen und zu fördern.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): 1 : 300!)

Deswegen darf der Dank nicht nur ein nettes Wort sein, sondern dazu gehören auch geeignete strukturelle Maßnahmen, damit die Arbeit der Ehrenamtlichen die richtige Wertschätzung erfährt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die bayerische Bevölkerung erwartet von uns, dass wir das Problem der steigenden Flüchtlingszahlen in den Griff bekommen. Ich hatte soeben eine Besuchergruppe hier, und da wurde spontan gefragt: Wie soll es denn weitergehen? So kann es nicht weitergehen. - Das ist eine Stimme aus dem Volk; so ist die Wahrnehmung draußen.

Deshalb, meine Damen und Herren, müssen wir die Realitäten zur Kenntnis nehmen. Die Realitäten sehen eben so aus, dass sich die Kommunen nach der Decke gestreckt haben und dass sie geholfen haben, den großen Ansturm abzufedern. An dieser Stelle geht ein großer Dank an die Ehrenamtlichen und an die Kommunalpolitiker dafür, dass sie bisher Schlimmeres verhindert haben. Das ist die Sachlage.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es ist ebenfalls politische Sachlage, dass Summen von bis zu 3 Milliarden Euro in diesem Doppelhaushalt im Raum stehen, die der bayerische Steuerzahler auf den Tisch legen muss, damit das Flüchtlingsthema finanziell bewerkstelligt werden kann. Das sind ein paar Milliarden Euro mehr als anfangs errechnet. Geplant war eine Milliarde Euro, und das war schon eine ordentliche Summe. Jetzt sollen es drei Milliarden Euro werden. Meine Damen und Herren, wir sind von der bayerischen Bevölkerung als Abgeordnete gewählt und werden der Bevölkerung erklären müssen, ob die drei Milliarden Euro zielgerichtet eingesetzt werden, ob sie nötig sind oder ob wir nicht an der einen oder anderen Stelle durch eine andere Vorgehensweise in der Asylpolitik zu einem Ziel kommen, das da lautet: Es geht auch mit weniger Geld. Das sind wir auch dem Steuerzahler schuldig.

Lassen Sie uns das Thema einmal unter dem Gesichtspunkt der kommunalen Betroffenheit und der finanziellen Möglichkeiten des Freistaats diskutieren. Meine Damen und Herren, wir FREIE WÄHLER kritisieren, dass wir es bis heute nicht geschafft haben, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge genügend Personal bereitzustellen. Sie haben es zwar quasi über Nacht geschafft, genügend viele Kontrolleure – 1.000 Leute und mehr – zur Kontrolle der Mindestlohnbürokratie aus dem Zylinder zu zaubern. Hätten wir sie aber an dieser Stelle, würden viele Fälle schneller, zielgerichteter und am Ende für die Steuerzahler und für den Flüchtling vielleicht humaner zum Ziel geführt. Eine Lösung, wie die Verfahren beschleunigt werden können, steht weiterhin aus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir stellen darüber hinaus fest, dass wir es bis heute nicht geschafft haben, sichere Herkunftsregionen politisch festzuzurren. Da richte ich einen Appell an Rot-Grün, auch wenn wir hier im Bayerischen Landtag und nicht im Bundestag und im Bundesrat sind. Bitte wirken Sie auf Ihre Parteien dort ein, den Balkan als sichere Herkunftsregion zu sehen. Vielleicht läuft auch dort etwas im Sinne der Menschlichkeit schief; das wollen wir gar nicht bestreiten. Aber bei der übergroßen Mehrheit der Asylbewerber vom Bal-

kan können wir heute davon ausgehen, dass das Kriterium des politischen Asyls nicht anwendbar ist, was auch immer die Zahlen über Entscheidungen bringen werden. Bitte nehmen Sie an dieser Stelle die Realitäten zur Kenntnis! Damit ersparen wir uns sehr viel Bürokratie und locken nicht Menschen in ein Asylverfahren, an dessen Ende sie enttäuscht heimgeschickt werden. Hier ist eine klare Ansage von Anfang an die humanitärere und sinnvollere Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, bleiben wir bei dem Gedanken, vor Ort tätig zu werden. Von mir kam ja schon vor sehr langer Zeit der Vorschlag, in Nordafrika gezielt vor Ort tätig zu werden.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Nein, am Ende meiner Ausführungen. - Ich würde nicht pauschal sagen, das gehe nicht. Natürlich kann ich nicht nach Libyen oder Syrien, wo der Bürgerkrieg tobt, mit einem Zentrum gehen. Aber wir haben solche Aufnahmeeinrichtungen bereits in Jordanien, im Libanon und in der Türkei. Ich würde also einmal die Frage stellen, warum es nicht auch möglich sein sollte, dort – es gibt schon humanitäre Aktionen, und die Leute werden teilweise medizinisch behandelt – zumindest den Versuch zu unternehmen, Asylverfahren vorzuschalten und zu entscheiden: Wer nachgewiesenermaßen politisch verfolgt ist und das dort schon dokumentieren kann, kann auf sicherem Weg hierher gebracht werden.

Da habe ich auch eine Frage an Rot-Grün. Es wird gesagt: Das geht überhaupt nicht; der Betreffende muss mindestens schon die Fahrt über das Mittelmeer geschafft haben. Natürlich darf es keine Alternative sein, indem man sagt: Es geht nur noch in Nordafrika und nicht mehr in Deutschland. Das will aber auch keiner. Warum sollen wir um Gottes Willen nicht den Versuch unternehmen, für diejenigen, die es in Nordafrika in eine Aufnahmeeinrichtung geschafft haben, die Verfahren dort vorzuschalten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Genauso sollten wir, wenn UN-Mandate diskutiert werden, darüber nachdenken dürfen, Flüchtlingsboote dort zu zerstören, was ich übrigens für eher fragwürdig halte: Wie will man denn nachweisen, dass jemand mit den Booten nicht Fische fangen, sondern Flüchtlinge aufs Meer bringen will? - Aber hier wird ernsthaft diskutiert.

Warum sollen wir nicht ernsthaft über den Vorschlag diskutieren, jemanden, der mit einem schnell zusammengezimmerten Floß auf das Meer hinaustreibt und nach drei oder fünf Kilometern aufgelesen wird, nicht zwangsläufig nach Europa, sondern vielmehr in bestehende Aufnahmeeinrichtungen im Libanon oder in Jordanien zu bringen? - Ich sage Ihnen: Das Geschäftsmodell vieler Schlepper bräche zusammen wie ein Kartenhaus. Niemand würde mehr 5.000 Euro für die Fahrt auf den Tisch legen, wenn er wüsste, dass er fünf Kilometer weiter draußen aufgefischt und zurückgebracht wird. Dann würde niemand mehr Geld für eine Fahrt mit dem Schlepper auf den Tisch legen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wenn der Betreffende in der Aufnahmeeinrichtung vor Ort humanitär bestens behandelt wird und eventuell einen ordentlichen Asylantrag stellen kann, dann ist das ein Versuch, über den wir zumindest diskutieren müssen. Es kann nicht sein, dass hier gesagt wird: Darüber reden wir überhaupt nicht.

Ich begrüße den Vorstoß der SPD, die fragt, wie das konkret aussehen soll. Vielleicht schaffen es CSU und Staatsregierung, dies darzustellen; vielleicht schaffen Sie es auch nicht. Die Chance sollten wir ihnen jedenfalls geben. Daher sehen wir die Möglichkeit, dem Antrag zuzustimmen. Ich will Aufklärung von der Staatsregierung. Die CSU ist in der Bundesregierung vertreten und hat entsprechende Kontakte. Machen Sie sich Gedanken und stellen Sie uns dar, wie das laufen soll.

In meiner Zusammenfassung möchte ich darauf eingehen, was wir aus bayerischer Sicht tun können. Man kann durchaus sagen, dass der Antrag die ungeschriebene Überschrift trägt: "Was würde ich tun, wenn ich Weltpolitik allein gestalten könnte?" Das gebe ich zu. Das ändert nichts an der Frage, was wir aus bayerischer Sicht tun können.

Herr Minister Herrmann, Sie werden nachher noch reden. Wir haben ein Gespräch geführt – das darf ich sicherlich so offen sagen; denn das ist kein Geheimnis -, in dem wir nach Möglichkeiten gesucht haben, Rettungsmaterial in schon bestehende Hilfeeinrichtungen zu verbringen. Da geht es auch um das berühmte Feuerwehrauto, das in ein Flüchtlingslager in Jordanien oder Syrien gebracht werden soll. Ich erwähne auch an dieser Stelle das humanitäre Engagement von Christian Springer vor Ort.

Aber der Freistaat Bayern hat bis heute keinen Topf eingerichtet, aus dem er solche Unterstützungsmaßnahmen finanzieren kann. Wir FREIEN WÄHLER sind an einem Feuerwehrauto dran, werden es mit Spendengeldern aus dem eigenen Abgeordnetenkreis bezahlen und dann hinüberbringen. Geben Sie mir bitte einen Tipp, wie das zukünftig besser ablaufen könnte.

Ich kündige heute schon an, dass wir FREIEN WÄHLER in den nächsten Haushaltsverhandlungen den Antrag stellen werden, einen Haushaltsposten einzurichten, um gebrauchte Hilfsgüter, was auch immer, in Krisenregionen bringen zu können. Wenn wir drei Milliarden Euro der bayerischen Steuerzahler ausgeben, um die Menschen bei uns unterzubringen, dann müssen wir doch auch in der Lage sein, einen Topf mit ein paar Hunderttausend oder ein paar Millionen Euro aufzulegen, um den Kommunen gebrauchte Feuerwehrautos abkaufen zu können. Es wäre ein Armutszeugnis, wenn wir das nicht schaffen würden.

(Zuruf von der SPD: Was sollen denn die mit Feuerwehrautos?)

- Wenn Sie fragen, was die Menschen dort mit Feuerwehrautos wollen, dann sehe ich, dass Sie sich noch nicht über die Lage vor Ort informiert haben. Laden Sie Christian

Springer zu sich ein; er erklärt Ihnen das. In diesen Flüchtlingslagern leben 100.000, manchmal 200.000 Menschen auf freiem Feld. Durch offenes Feuer brennen dort manchmal Zelte ab und dergleichen mehr. Die Verantwortlichen vor Ort sagen uns: Wenn wir dort mit Feuerwehrausrüstung einen geeigneten Brandschutz aufziehen könnten, wäre diesen Menschen geholfen. Diese Hilfe läuft.

(Lachen bei Abgeordneten der CSU)

- Wenn Sie dort hinten nur lachen und den Kopf schütteln, dann zeigt das: Auch Sie haben die Realität dort nicht erkannt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Unter dem Strich bleibt festzuhalten: Wir müssen das Flüchtlingsthema in den Griff kriegen, sodass den wirklich Verfolgten geholfen werden kann. Wir müssen den Kommunen hier den Rücken freihalten. Wir müssen der Bevölkerung zeigen, dass auch wir als gewählte Politiker noch in der Lage sind, die Realität zu erkennen und Probleme gezielt anzugehen. Deshalb werden wir FREIEN WÄHLER den Antrag der CSU unterstützen. Wir werden auch den Antrag der SPD unterstützen, die Staatsregierung solle erklären, wie diese Einrichtungen aussehen sollen. Den Antrag der GRÜNEN werden wir ablehnen. Ich sage sehr deutlich: Wir sind es der Bevölkerung schuldig, hier vernünftige Antworten zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult, Herr Aiwanger.

- Herr Kollege Ländner.

Manfred Ländner (CSU): Herr Kollege Aiwanger, ich habe soeben mit großem Interesse Ihre Ausführungen gehört und denke an Aussagen von Mitgliedern Ihrer Fraktion, die auch in der Presse zu lesen waren, zum Beispiel, dass es in den Zeltlagern an der Grenze der Türkei zu Syrien besser zugehe als in deutschen Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen, und an andere Äußerungen, mit denen uns Herr Kollege Fahn

häufig konfrontiert. Ich frage Sie als Vorsitzenden der Fraktion der FREIEN WÄHLER: Wie ist der zukünftige Kurs der FREIEN WÄHLER? Dürfen wir damit rechnen, dass Sie in dieser Frage mit einer Stimme sprechen und gemeinsam für eine verantwortungsvolle, für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbare Flüchtlingspolitik in Bayern arbeiten? Oder müssen wir weiter damit rechnen, dass die FREIEN WÄHLER ihre Aussagen zu dieser Problematik je nach Publikum treffen?

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Für uns FREIE WÄHLER steht der Mensch im Mittelpunkt. Wir werden dieser Aufgabe gerecht. Es gibt einzelne Fälle, in denen ein gut geführtes Flüchtlingslager in der Türkei bessere Zustände aufweist als ein Flüchtlingslager bei uns.

(Zuruf von der CSU: Beispiele!)

- In Nordrhein-Westfalen haben Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste in Einzelfällen Menschen gedemütigt und dabei gefilmt. Menschen sind mit gefesselten Händen in eine Ecke gedrängt worden und mussten Erbrochenes essen. Ich will das nicht vertiefen. Es ist eine Schande, wenn so etwas in Deutschland passiert.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch auf den Vorwurf eingehen, wir hätten hier am 20. Dezember 2012 den Antrag gestellt, Leute nicht mehr abzuschieben. Dazu sage ich ganz klar: Wir haben diesen Antrag damals gestellt, weil wir noch ein Herz in der Brust haben. Ich will nicht vier Tage vor Weihnachten Leute nach Afghanistan schicken, wo zwei Meter Schnee liegen.

(Unruhe bei der CSU)

- Lassen Sie mich ausreden. - Zur Linie der FREIEN WÄHLER: Die FREIEN WÄHLER orientieren sich daran, dass politisch Verfolgte ordentliches Asyl bekommen müssen, dass die Kommunen hier nicht überfordert werden dürfen und dass alle anderen Maßnahmen ausgeschöpft werden müssen.

Ich kann den Ball zu Ihnen zurückspielen: Wollen Sie wie Herr Söder die Grenzkontrollen oder doch nur wie Herr Seehofer die Schleierfahndung wieder einführen? Sind Sie wie Herr Kreuzer für Flüchtlingscamps?

(Unruhe bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Oder wollen Sie wie Herr Müller doch keine Flüchtlingscamps? So viel zur Geschlossenheit der CSU.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt kommt Herr Staatsminister Herrmann zum Zuge.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Aber bitte nicht so schreien!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Asylbewerberzahlen sind in der Tat in einem lange nicht mehr gekannten Maße gestiegen. Im Moment ist zu befürchten, dass sie weiter steigen werden. 450.000 Asylanträge in diesem Jahr – so lautet die Prognose des BAMF. Wie viele werden es 2016 sein, wenn wir weiter nur zuschauen? - Bund, Länder und Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, die gemeinsame Anstrengungen der Europäischen Union, des Bundes und der Länder erfordern. Darum geht es heute in Berlin. Wir sind auch insoweit in einer Verantwortungsgemeinschaft.

Unsere gemeinsamen Anstrengungen müssen vor allem auf ein gemeinsames Ziel gerichtet sein. Der Herr Fraktionsvorsitzende Kreuzer hat es schon deutlich gesagt: Schutzbedürftigen muss möglichst rasch geholfen werden. Aber ebenso rasch müssen diejenigen, die keine Bleibeperspektive haben, in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Das eine geht nicht ohne das andere. Leider gibt es in unserem Land immer noch politische Kräfte, die nur über das eine reden, aber über das andere zumindest schweigen wollen, wenn sie es nicht sogar gänzlich ablehnen. Das wird auf Dauer nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU)

Von zentraler Bedeutung ist – wenigstens insofern sind wir uns sicherlich einig – die Beschleunigung der Asylverfahren. Die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits begonnene Priorisierung der Bearbeitung von Asylanträgen, die von Menschen aus sicheren Herkunftsländern gestellt werden, sowie die von der Bundesregierung in Aussicht gestellte personelle Verstärkung des Bundesamtes in einer Größenordnung von 2.000 weiteren Stellen begrüße ich nachdrücklich. Ich darf daran erinnern, dass wir darüber in den vergangenen zwei Jahren immer wieder gesprochen haben. Wir haben das immer wieder gefordert.

Im Moment haben wir beim Bundesamt einen Rückstau von 220.000 nicht abgeschlossenen Asylverfahren. Das ist in der Tat auf Dauer nicht erträglich. Wir müssen klar sagen: Schnelle Verfahren geben Schutzbedürftigen rasch Klarheit über ihr Bleiberecht. Sie ermöglichen umgekehrt die rasche Rückführung derjenigen, für die es bei uns keine Bleibeperspektive gibt. Gäbe es diesen Rückstau nicht, dann hätten mindestens 100.000 von diesen 200.000 unser Land längst wieder verlassen müssen, und wir hätten auch in den Unterkünften deutlich weniger Engpässe.

(Beifall bei der CSU)

Wir sagen klar, meine Damen und Herren: Wir werden in Bayern die Sammelabschiebungen abgelehnter Asylbewerber in die Balkanstaaten fortführen. Sie sind ein deutliches Signal an die Menschen aus diesen Ländern, dass das Asylverfahren für sie kein Weg nach Deutschland ist und keinen Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Sozialleistungen eröffnet. Denjenigen, die allein deswegen herkommen, um hier Geld zu kasieren, muss klar sein, dass wir sie rasch und konsequent in ihre Heimat zurückführen. Daran halten wir fest.

(Beifall bei der CSU)

Wir fordern deshalb, dass auch Albanien, Kosovo und Montenegro in die Liste der sichereren Herkunftsstaaten aufgenommen werden, da auch die Entscheidungspraxis des Bundesamtes zeigt, dass die Anerkennungsquote für Personen aus diesen Ländern nahezu null ist. Das ist das Indiz dafür, dass es sich um sichere Herkunftsländer handelt.

Wenn man sich bewusst macht, dass jedenfalls im letzten halben Jahr nahezu die Hälfte aller Asylanträge in Deutschland von Antragstellern aus den Westbalkanstaaten kam, erkennt man, in welchem Umfang das Asylsystem derzeit mit Anträgen befasst und belastet ist, die nahezu ausnahmslos ohne jede Erfolgsaussicht sind.

Wenn es uns nicht gelingt, das Asylverfahren für Wirtschafts- und Arbeitsmigration unattraktiv zu machen, dann laufen wir Gefahr, dass Schutz denjenigen, die ihn wirklich brauchen, nicht mehr angemessen gewährt werden kann. Wir laufen auch Gefahr, die große Solidarität und Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, auf die ein funktionierendes Asylsystem angewiesen ist, zu verlieren.

Der Anstieg der Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten hat natürlich auch damit zu tun, dass es bei uns hohe Sozialleistungen gibt und dass die Möglichkeiten der Leistungskürzung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht genügen, um tatsächlich ein effizientes Vorgehen gegen Missbrauch zu ermöglichen. Die Beantwortung der Frage, ob sich, wie es in § 1a des Asylbewerberleistungsgesetzes heißt, eine Person nach Deutschland begeben hat, um Leistungen genau nach diesem Gesetz zu erlangen, also sich nur deswegen nach Deutschland begeben hat, bedarf nach der gegenwärtigen Rechtslage einer umfassenden Einzelprüfung. Das heißt, dem Einzelnen muss nachgewiesen werden, dass er sich nur deshalb nach Deutschland begeben hat. Das ist völlig unpraktisch und würde angesichts der großen Zahlen, um die es sich gegenwärtig handelt, zu einer völlig unverträglichen Bürokratie führen.

Aus meiner Sicht ist die Logik, von sicheren Herkunftsstaaten zu reden, doch ganz eindeutig: Wenn der Bundestag und der Bundesrat mit Mehrheit festgestellt haben,

dass ein Land ein sicheres Herkunftsland ist und dass deshalb jemand nur im Ausnahmefall mit ganz persönlichen Gründen darlegen kann, dass er trotzdem verfolgt ist, dies in aller Regel aber nicht der Fall ist, dann muss die Regelannahme genauso dafür sprechen, dass Leute, die aus sicheren Herkunftsländern kommen, eben in der Tat aus finanziellen Gründen kommen, um genau diese Leistungen zu beziehen, nicht aber aus anderen Gründen.

Deshalb hat die Staatsregierung schon einen entsprechenden Gesetzentwurf im Bundesrat eingebracht. Er beinhaltet, dass bei Menschen aus sicheren Herkunftsländern als Regelvermutung davon auszugehen ist, dass diese nur wegen des Leistungsbezuges in unser Land gekommen sind und dass deshalb regelmäßig bei ihnen auch von Anfang an die Kürzung der Leistungen vorgenommen werden kann. Es hat natürlich auch angesichts des Lebensstandards beispielsweise auf dem Balkan auch keinen Sinn, dass wir letztendlich immer noch ein Anreizsystem haben. Wenn es jemand schafft, auch nur für ein halbes Jahr nach Deutschland zu kommen, ist das für ihn schon mit einem großen finanziellen Gewinn verbunden. Wir müssen hier von Anfang an zu einer Leistungskürzung kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Schließlich brauchen wir auch eine Aussetzung der Visumsfreiheit für Staatsangehörige aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Montenegro und Serbien, zumindest temporär, damit der unregelmäßige Zugang auch in andere EU-Staaten begrenzt werden kann.

Wir erwarten insgesamt, dass alle EU-Mitgliedstaaten ihre unionsrechtlichen Verpflichtungen erfüllen. Das gilt insbesondere auch für das Dublin-Abkommen. Das Dublin-Abkommen sagt zunächst einmal, dass jedes Land Flüchtlinge, die in sein Land kommen, registrieren und auch medizinisch behandeln muss. Das ist die Voraussetzung dafür, dass jemand, wenn das Asylverfahren eingeleitet ist und er einfach in einen anderen EU-Staat geht, wieder in das ursprüngliche Land zurückgeführt werden kann.

Wenn Länder permanent schon dieser Aufnahme- und Registrierungsverpflichtung nicht nachkommen, wird das gesamte Dublin-System ad absurdum geführt. Das können wir so nicht hinnehmen.

Allerdings gibt es auch einen engen Zusammenhang mit der Forderung nach EU-Verteilungsquoten. Ich erwarte von Italien beispielsweise, dass es seinen Verpflichtungen zur Registrierung aller dort ankommenden Flüchtlinge nachkommt, aber angesichts der Hunderte, ja der Tausende Flüchtlinge, die im Moment von den unterschiedlichsten Marinekräften aus dem Mittelmeer gefischt werden, sage ich auch: Aus meiner Sicht ist Italien natürlich nicht auf Dauer zuzumuten, all diejenigen, die aus dem Mittelmeer gefischt werden, dauerhaft in Italien unterzubringen. Deswegen brauchen wir nicht nur im deutschen Interesse, sondern auch im Interesse Italiens die Solidarität in der Europäischen Union. Solche Flüchtlinge sollten nach einem Quotensystem auf alle EU-Staaten verteilt werden. Sonst kann man nicht realistisch erwarten, dass Italien seinen Verpflichtungen auch nachkommt. Deshalb sind alle EU-Partner gefordert, entsprechend mitzumachen. Dies muss in Brüssel auch weiter klar vertreten werden.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten Tagen über die Flüchtlingsdiskussion hinaus – das will ich ausdrücklich betonen – auch eine notwendige Debatte darüber begonnen, welche Erkenntnisse aus den temporär wieder durchgeführten Grenzkontrollen aus Anlass des G-7-Gipfels zu gewinnen sind. Die Zahlen, die durch die konsequenten Kontrollen der Bundespolizei an den Grenzen zu Österreich, zu Tschechien, aber auch zu vielen anderen Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland zutage gefördert wurden, sind schon besorgniserregend. Ich betone ausdrücklich: Dabei geht es nicht nur um illegalen Aufenthalt, sondern auch um eine Fülle von anderen Delikten, zum Beispiel Verstöße gegen das Waffengesetz und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz, also Drogendelikte. Dabei geht es um viele weitere Kriminalitätsformen. Allein eine Vielzahl von bestehenden Haftbefehlen konnten bei diesen

Kontrollen vollzogen werden, weil Personen, nach denen schon lange mit Haftbefehl gesucht wurde, endlich festgenommen wurden.

Meine Damen und Herren, auch der Präsident der Bundespolizei hat die Erkenntnisse aus diesen Kontrollaktionen als besorgniserregend bezeichnet. Deshalb können wir über diese Erkenntnisse nicht einfach hinweggehen. Wir können sie nicht ignorieren.

Aus meiner Sicht bestehen zwei wesentliche Aspekte, um die wir uns jetzt kümmern müssen. Der eine Aspekt ist, dass wir auch in dieser Hinsicht von allen EU-Mitgliedsländern, die im Schengen-Grenzkodex dabei sind, erwarten müssen, dass sie ihren Verpflichtungen konsequent nachkommen. Wir müssen immer wieder sehen: Wen wir in Deutschland antreffen, ist mindestens durch zwei andere Schengen-Länder vom Balkan her oder von Italien her nach Deutschland gekommen. Das kann in dieser Größenordnung nicht sein. Zwar hat es zu allen Zeiten immer auch illegalen Grenzübertritt gegeben, das ist keine Frage. Aber derartige Dimensionen sind ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Sicherheit der EU-Schengen-Außengrenzen nicht so garantiert ist, wie dies letztendlich europäisch festgelegt worden ist; denn die Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes stand von Anfang unter der Bedingung, dass dafür die Außengrenzen umso konsequenter geschützt werden. Wenn wir derartig viele kriminelle und illegale Personen mitten in Deutschland aufgreifen, ist dies ein Indiz dafür, dass der Schutz der Schengen-Außengrenzen gegenwärtig nicht so funktioniert, wie dies vor 20 Jahren einmal vereinbart worden ist. Das können wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb sagen wir: Dies muss auch von der EU an den Schengen-Außengrenzen stärker überwacht werden. Solche Länder müssen durch Frontex und andere Maßnahmen unterstützt werden. Wir können uns durchaus vorstellen, dass auch von der Bundesrepublik Deutschland Ländern, die dafür offen sind und die das möchten, Unterstützung bei der Sicherung ihrer Grenzen gewährt wird.

Das andere ist, dass wir bei uns durch eine deutliche Verstärkung der Schleierfahndung sowohl durch Kräfte der Bundes- als auch der Landespolizei, sowohl auf den Straßen als auch auf den Schienenwegen und im Luftverkehr, alles dafür tun, um solche Delikte deutlich einzugrenzen, um durch strikte Kontrollen auch Kriminelle aufzugreifen und das Sicherheitsniveau, das die Menschen in unserem Land zu schätzen wissen, voll aufrechtzuerhalten.

Wir stehen zur Reisefreiheit in der Europäischen Union, aber wir haben von Anfang an, als das Schengen-Abkommen begann, auch immer gesagt, es muss so konstruiert werden, dass es nicht zu einem Weniger an Sicherheit für die Menschen in unserem Land wird. Dafür stehen wir, und dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, der Dringlichkeitsantrag der CSU zeigt eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß auf. Die Staatsregierung hat ihn bereits aufgegriffen und vergangenen Montag klare bayerische Forderungen für die Bund-Länder-Gespräche zur Asylpolitik und auch an die Europäische Union formuliert; unser Ministerpräsident wird sich heute in Berlin nachdrücklich dafür einsetzen.

Wir werden dieses Thema natürlich auch weiterverfolgen, und wir müssen unsere Forderungen vor allen Dingen auch auf europäischer Ebene entsprechend durchsetzen. Dafür wird sich die Staatsregierung auch weiterhin mit Nachdruck konsequent einsetzen. Vielen Dank für den Antrag der CSU-Fraktion, dem wir konsequent folgen werden!

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch. Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Herold gemeldet. Bitte schön.

Hans Herold (CSU): Herr Staatsminister Herrmann, was sagen Sie eigentlich dazu, dass dieser Populismus der FREIEN WÄHLER wirklich nicht mehr zu übertreffen ist?

Im Jahr 2012 fuhr man noch die sogenannte weiche und humanitäre Linie, Anfang 2015 ebenfalls diese weiche und humanitäre Linie, und jetzt auf einmal, im Juni 2015, weil die Stimmung in der Bevölkerung kippt, fährt man auf einmal die harte Linie.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo, Hans!)

Im Frühjahr 2015 hat die sozialpolitische Sprecherin und die stellvertretende Bundesvorsitzende der FREIEN WÄHLER hier gesagt – ich zitiere den damals sehr fränkischen Ausspruch –: Wenn die Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg die gleiche Aufnahme in Bayern, zum Beispiel auf Pritschen, vorgefunden hätten, wären sie wieder heimgegangen.

Nächster Punkt – eine große Veröffentlichung auch von den FREIEN WÄHLERN, ebenfalls von dieser Kollegin –: Bayern kann sich ein Beispiel an der Türkei nehmen. Tatsache ist doch, dass die Türkei die Grenzen zugemacht hat: keine Betreuung, keine Schule und auch kein Bargeld.

Noch ein Hinweis aus meinem Stimmkreis: Wenn die FREIEN WÄHLER heute diese harte Linie fahren, wie kann es dann sein, dass zum Beispiel auch wieder diese Kollegin in ihrem Stimmkreis abgelehnte Kosovaren aufgefordert hat, eine Petition gegen die rechtsgültige Abschiebung einzureichen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, das ist einfach ein unverantwortlicher Sinneswandel der FREIEN WÄHLER. Wenn die Stimmung draußen in der Bevölkerung kippt, dann fahren sie auch die harte Linie.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Kollege Herold, ich kann Ihnen nur voll zustimmen, dass ein solches Verhalten für sich spricht und von

meiner Seite aus keiner weiteren Kommentierung bedarf. Allerdings muss ich, weil Sie einleitend festgestellt haben, dass ein solches Verhalten kaum zu übertreffen ist, vielleicht doch noch ergänzend darauf hinweisen: Wenn ich mir ansehe, in welcher dreister Art und Weise als Reaktion auf die Themen, die wir genau heute in diesem Raum diskutieren, nach den letzten Landtagswahlen in Österreich dort jetzt die Konsequenz der SPÖ ist, mit der FPÖ eine Koalition einzugehen, stelle ich fest: Das ist aus meiner Sicht eher noch der Gipfel an Dreistigkeit im Vergleich zu dem, was man vorher erklärt hat.

(Zurufe von der CSU: Jawohl! – Anhaltender Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Minister, bleiben Sie bitte noch. Diese Zwischenbemerkung hat natürlich eine weitere Zwischenbemerkung provoziert.

(Unruhe)

Ich bitte um Ruhe für die Zwischenbemerkung des Herrn Piazolo.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte schön, Herr Piazolo.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatsminister, ist Ihnen auch bei der Zwischenbemerkung des Kollegen Herold aufgefallen, dass er immer die Adjektive "humanitär" und "weich" miteinander in Verbindung gebracht hat, und das noch in einem negativen Ton?

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn man humanitäre Politik macht, dann ist das nicht weich, sondern dann ist das richtig. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich denke, da sind wir uns auch einig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

An die CSU gerichtet: Wenn sich unser Fraktionsvorsitzender hier hinstellt und sagt, dass wir Ihrem Antrag folgen werden, kritisieren Sie das. Wenn wir uns hinstellen und sagen, wir folgen mal einem Antrag nicht, kritisieren Sie das auch. Sie müssen sich schon irgendwann mal entscheiden,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Das sagt der Richtige! – Zuruf der CSU: Entscheiden Sie sich einmal, was Sie wollen!)

ob es gut ist, Ihren Anträgen zu folgen, oder ob es schlecht ist, Ihren Anträgen zu folgen.

(Unruhe)

Zum Schluss: Auch darauf ist schon einmal hingewiesen worden,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

ich möchte es aber auch deutlich machen, dass es zu einer demokratischen Partei und einer Fraktion gehört, sich über bestimmte Themen inhaltlich in den eigenen Reihen auch einmal kontrovers auszutauschen und zu Ergebnissen zu kommen. Was tun Sie? - Sie haben auch unterschiedliche Meinungen. Vorher ist es angedeutet worden, Herrn Kreuzer wurde vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung widersprochen. Sie haben Wortmeldungen von der Landtagspräsidentin Frau Stamm, die man bei vielen Veranstaltungen hört, die Flüchtlinge hier willkommen heißt, und dann hört man von Herrn Söder ganz andere Worte.

Es gehört zu einer demokratischen Partei, dass sie sich auch einmal intern über ein Thema unterschiedlich austauscht, und das sollten wir gegenseitig zu würdigen wissen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Piazzolo. - Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Soweit ich Herrn Kollegen Herold verstanden habe, hat er nicht Ihre innerparteilichen Diskussionen angesprochen, sondern die Frage, welche Positionen hier im Parlament eingebracht werden.

(Zuruf von der CSU: Genauso ist es!)

Im Übrigen wünsche ich Ihnen für Ihre innerparteilichen Diskussionen selbstverständlich in demokratischer Weise auch weiterhin viel Erfolg.

Was den Kollegen Hans Herold, den ich seit vielen Jahren kenne, anbelangt, kann ich Ihnen nur sagen: Er ist christlich, sozial und stark, und über seine sonstigen Befindlichkeiten brauchen Sie sich keinerlei Sorgen zu machen. Alles Gute weiterhin!

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Da für den CSU-Antrag namentliche Abstimmung beantragt wurde, lasse ich zunächst über die beiden Anträge abstimmen, über die in einfacher Form abgestimmt wird.

Das ist zunächst der Antrag der SPD-Fraktion. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7079 seine Zustimmung gegeben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen, bitte? – Keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7080 - das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion und Fraktion der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/7042, die in namentlicher Form durchgeführt wird. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Die Urnen sind bereitgestellt, ich eröffne die Abstimmung. Zeit: Fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 15.49 bis 15.54 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Stümpfig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kein schmutziger Strom – Bayern unterstützt Kohleabgabe", Drucksache 17/7041 bekannt. Mit Ja haben 67 gestimmt. Mit Nein haben 84 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich habe noch zwei Ergebnisse zu verkünden, meine Damen und Herren. – Die namentliche Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kreuzer, Brendel-Fischer, Freller und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch – für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß", Drucksache 17/7042, brachte folgendes Ergebnis: Mit Ja haben 96 gestimmt, mit Nein 51, Stimmenthaltungen gab es eine. Damit ist der Antrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.06.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Karl Freller u. a. und Fraktion CSU; Hilfe für Menschen in Not, aber konsequent gegen Asylmissbrauch - für eine Flüchtlingspolitik mit Augenmaß (Drucksache 17/7042)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas		X	
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max	X		
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas	X		
Bachhuber Martin				Gote Ulrike		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			X	Gottstein Eva	X		
Bauer Volker	X			Güll Martin		X	
Baumgärtner Jürgen	X			Güller Harald		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried				Guttenberger Petra	X		
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine	X		
Beißwenger Eric	X			Häusler Johann	X		
Dr. Bernhard Otmar	X			Halbleib Volkmar			
Biedefeld Susann		X		Hanisch Joachim	X		
Blume Markus	X			Hartmann Ludwig		X	
Bocklet Reinhold	X			Heckner Ingrid	X		
Brannekämper Robert	X			Heike Jürgen W.	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Herold Hans	X		
Brückner Michael	X			Dr. Herrmann Florian	X		
von Brunn Florian		X		Herrmann Joachim	X		
Brunner Helmut				Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin		X		Hiersemann Alexandra			
Dettenhöfer Petra				Hintersberger Johannes	X		
Dorow Alex				Hofmann Michael			
Dünkel Norbert				Holetschek Klaus	X		
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard	X		
Eck Gerhard				Huber Erwin	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X			Dr. Huber Marcel	X		
Eisenreich Georg	X			Dr. Huber Martin	X		
Fackler Wolfgang	X			Huber Thomas	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen		X		Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Fehlner Martina				Huml Melanie	X		
Felbinger Günther				Imhof Hermann	X		
Flierl Alexander	X			Jörg Oliver	X		
Dr. Förster Linus				Kamm Christine		X	
Freller Karl	X			Kaniber Michaela	X		
Füracker Albert				Karl Annette		X	
Ganserer Markus		X		Kirchner Sandro	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Knoblauch Günther		X	
				König Alexander	X		
				Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas			
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin	X		
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Untertländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	96	51	1